**Landtag**
**Nordrhein-Westfalen**
14. Wahlperiode

**Ausschussprotokoll**
**APr 14/303**
15.11.2006

# Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

**19. Sitzung (öffentlich)**

15. November 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 9:55 Uhr

Vorsitz: Ewald Groth (GRÜNE)

Redaktion: Michael Roeßgen

**Verhandlungspunkt:**

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

**Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009**

Vorlage 14/572

Und:

**Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2007 des Einzelplans 06**

Vorlage 14/620 sowie Vorlage 14/663

Sowie:

**Ergänzung der Landesregierung zum Haushaltsgesetz 2007**

Drucksache 14/2850 und 14/2884 .....1

- Diskussion .....1
- Ergebnis .....2

* * *

## Aus der Diskussion

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

**Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009**

Vorlage 14/572

Und:

**Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2007 des Einzelplans 06**

Vorlage 14/620 sowie Vorlage 14/663

Sowie:

**Ergänzung der Landesregierung zum Haushaltsgesetz 2007**

Drucksache 14/2850 und 14/2884

**Vorsitzender Ewald Groth** weist eingangs darauf hin, dass die Beratung über Personalangelegenheiten des Einzelplans 06 im Unterausschuss „Personal“ behandelt werde.

Der Ausschuss habe sich in der letzten Sitzung darauf verständigt, zur Abstimmung über die Anträge der SPD die Ergänzung der Landesregierung in die Beratung einzubeziehen, was heute geschehen solle. Ein Teil der Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen seien bereits abgestimmt worden. Darüber hinaus seien heute weitere Anträge der GRÜNEN-Fraktion eingegangen.

*(Hinweis: Die Anträge, deren schriftliche Begründungen und die Abstimmungen über die einzelnen Anträge finden sich in der Vorlage 14/811.)*

Zu lfd. Nrn. 5 und 6

**Karl Schultheis (SPD)** merkt zu den Anträgen seiner Fraktion an, hiermit wolle man die Möglichkeit eröffnen, die nicht erforderlichen Ausgaben im Bereich der Exzellenz-Initiative zu nutzen, die Antragsteller in der nächsten Runde vorab zu stärken, damit diese ihre Anträge erfolgreich platzieren könnten. Die dazu von seiner Fraktion gestellten Fragen seien beantwortet worden, wenn auch nicht immer im Sinne seiner Fraktion. Man werde sich unabhängig von den heute zur Abstimmung anstehenden

Anträgen vorbehalten, im Haushalts- und Finanzausschuss nach Auswertung der schriftlichen Antworten gegebenenfalls weitere Anträge zu den Haushaltserläuterungen zu stellen.

Die mit den Anträgen vorgeschlagene Deckung der Ausgaben des Hochschulpaktes aus der Exzellenz-Initiative sei nach wie vor nicht sachgerecht, weil damit die Möglichkeit verschlossen werde, die sich im Wettbewerb befindlichen Hochschulen vorab zu stärken. Doch mache es Sinn, die Haushaltserläuterungen so zu fassen, damit unabhängig von der Summe der zur Verfügung gestellten Mittel grundsätzlich die Möglichkeit bestehe, Mittel aus der Exzellenz-Initiative zu nutzen, um bestimmte Projekte oder Strukturen, die in den Wettbewerb gehen könnten, stärker finanziell zu unterstützen.

zu lfd. Nrn. 4 und 5

**Ruth Seidl (GRÜNE)** erläutert, man habe die Begründung etwas konkretisiert. Bis zum Jahre 2010 würden deutlich mehr Mittel benötigt als von der Regierung bisher veranschlagt. Daher beantrage ihre Fraktion eine Aufstockung der Verpflichtungsermächtigungen um 100 Millionen € bei Titel 894 70 und um 200 Millionen € beim Titel 658 70.

Derzeit werde an den Hochschulen massiv die Überlast durch den Aufbau von NCs abgebaut. Praktisch bedeute das keinen Kapazitätsausbau, sodass die für die in Zukunft benötigte Anzahl zusätzlichern Studienplätze bei weitem nicht erreicht werde. Deshalb müsse hier auch in den Diskussionen zwischen Bund und Ländern zum Hochschulpakt ordentlich nachverhandelt werden, um den Bundesanteil zu erhöhen, damit von Bundesseite mehr Gelder nach Nordrhein-Westfalen flössen, um den Bedürfnissen an dieser Stelle gerecht zu werden.

**Dr. Michael Brinkmeier (CDU)** verweist auf die ablehnende Begründung seiner Fraktion dazu in der letzten Sitzung. Im Übrigen sei die Frage nach der Gegenfinanzierung dieses Vorschlags noch nicht beantwortet.

**Karl Schultheis (SPD)** verweist ebenfalls auf die Begründung seiner Fraktion hierzu in der letzten Ausschusssitzung. In der Tat müsse die Ausstattung des Hochschulpaktes erheblich besser sein als das, was jetzt im Haushalt dafür vorgesehen sei, unabhängig von der Frage, dass der aktuell eingestellte Betrag im Wesentlichen aus der Exzellenz-Initiative gedeckt werde. Man werde die Rahmenbedingungen abwarten müssen, die am 13. Dezember in der Bund-Länder-Vereinbarung beschlossen würden.

Seine Fraktion werde sich heute zu den Anträgen der Grünen enthalten, weil die Frage der Deckung für seine Fraktion eine wesentliche Rolle spiele.

Nach Abstimmung über die in der letzten Sitzung noch nicht abgestimmten Änderungsanträge und den heute zusätzlich vorgelegten

nimmt der **Ausschuss** den Einzelplan 06 ohne Änderungen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen an.

gez. Ewald Groth

Vorsitzender

ad/02.01.2007/10.01.2007

148